

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Cannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bezeichnet wöchentlich 8 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.80 Mk., die Einzelnummer kostet 18 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung befreit kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Volkshelb-Konto Stuttgart 8798 / Teleg.-Adr.: „Cannenberg“ / Telef. 11

Nummer 14

Altensteig, Mittwoch den 18. Januar 1928

51. Jahrgang

Von der Länderkonferenz

Berlin, 17. Jan. Die Länderkonferenz, nahm am Montag nachmittag die Korreferate des bayerischen Ministerpräsidenten und des preussischen Ministerpräsidenten entgegen. Nach Beendigung der beiden Referate wurde die Sitzung gegen 7 Uhr geschlossen. Der Reichspräsident gab abends zu Ehren der Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten der Länder ein Essen, zu dem auch die beteiligten Reichsminister und Minister der Länder, sowie die Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat geladen waren.

Das Korreferat Dr. Helds

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held betonte, daß er mit dem ersten Referenten des Tages (Petersen-Dambara) durchaus einig sei in der Auffassung über den Kompromißcharakter der Weimarer Verfassung zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat und ferner darin, daß man die Entscheidung darüber, wie die Weimarer Verfassung umzusetzen sei, nicht mehr länger hinausschieben dürfe. In dem Ziele dieser Umgestaltung liege er jedoch auf dem entgegengegesetzten Standpunkt wie der erste Referent. Die Dominanz bei der Herbeiführung des Einheitsstaates bildet eine finanzwirtschaftliche Betrachtung mit dem Ergebnis, daß im Einheitsstaat größere Ersparungen in der Gesamtverwaltung möglich wären und eine Steuerentlastung für die gesamte Wirtschaft sich erreichen ließe. Der wirkliche Grund für das mancherlei Durcheinander und Geschehen in Deutschland liegt aber in der gesunkenen und sozialen Zerrissenheit des deutschen Volkes. Diese Zerrissenheit würde auch im Einheitsstaat nicht vermindert, sondern vermehrt. Die Förderung des Einheitsstaates wird gewöhnlich mit dem Hinweis auf die Gebälter der Landesminister und die Ausgaben der Landesparlamente begründet. Dabei wird verschwiegen, daß bei Befestigung dieser Landesministerien sofort neue Organe und Behörden notwendig würden, deren Kosten nicht wesentlich geringer wären. Für den Einheitsstaat wird auch ins Feld geführt, daß die notwendige Verwaltungsreform nur im Einheitsstaat rationell durchgeführt werden könne. Dabei wird übersehen, daß die Vereinigung der Verwaltung nur unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der einzelnen Landesstellen, nicht aber nach einem einheitlichen Schema für das ganze Reichsgebiet durchzuführen werden kann. Wirkliche Ersparnisse könnten hier nur erzielt werden durch einen Abbau der Staatsaufgaben.

Die notwendige Verbildigung ist im Bundesstaat in gleicher Weise und sogar noch zweckmäßiger durchführbar als im Einheitsstaat. Man sollte daher von einer umstürzenden Umgestaltung der Verfassung zum Einheitsstaat absehen und zunächst die Mängel der Weimarer Verfassung beseitigen. Wo der Wille zur Erhaltung der Eigenstaatlichkeit in einem Lande vorhanden ist, muß dabei auf ihn Rücksicht genommen werden. Dieser Grundsatz muß insbesondere auch bei der Befestigung kleinerer Länder unbedingt gewahrt werden.

Der Kernpunkt des innerdeutschen Problems ist das Problem Reich und Preußen. Der Redner betonte, bei einer Lösung des Problems müßten die Länder unbedingt folgende Forderungen erheben: Verfassungsautonomie der Länder und ihre Sicherheit, Gebietsautonomie der Länder, Einschränkung der Gesetzgebungsmacht des Reiches, Sicherstellung der Länderverwaltung gegen Eingriffe der Reichsverwaltung, Wiederherstellung einer größeren finanziellen Selbstständigkeit der Länder durch eine Aufhebung der Steuerquellen und Rückübertragung der Steuererwartungen für die eigenen Steuerquellen, ein Finanzausgleich, der die Erhaltung der Länder selbstständigkeit ermöglicht, Ausbau des Reichsrats als Gesetzgebungsfaktor und verfassungsmäßige Sicherung aller dieser Rechte der Länder. Für eine durchgreifende Revision der Verfassung in dem angedeuteten föderalistischen Sinne ist aber die Zeit noch nicht gekommen. Immerhin ließe sich aber ein gewisses Mindestprogramm zur Verbesserung der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände durchführen, und zwar auch ohne Verfassungsänderung. Hier käme vor allem in Betracht: 1. eine Verbesserung des Finanzausgleichs, der den Lebensinteressen der Länder wirklich Rechnung trägt, 2. ein Ausbau weiterer Zuständigkeiten zu Gunsten der Länder auf der Grundlage der Augustvereinbarungen des Jahres 1922. Die geradezu unerträgliche Zentralisierung des Reichs- und Kreditwesens in Berlin müßte im Wege der Vereinbarung zwischen Reich und Ländern beseitigt werden. Der ständige Wettbewerb der einzelnen Staaten und Stämme im deutschen Reiche ist nicht möglich, wenn die einzelnen Landesstellen im Einheitsstaate von einer Zentrale abhängig werden, die ihnen den Lebensunterhalt bemessen und deren letzte Entscheidungen und Weisungen sie zu befolgen hätten.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns führte im Gegensatz zu seinen Vorrednern freisprechend, aus: Die Zweiteilung in Reich und Länder habe sich in der Zeit Bismarcks wenigstens unannehmbar bemerkbar gemacht, da die Vertreter des Reichsrats und des preussischen Ministerpräsidenten stets von den gleichen Persönlichkeiten betreut wurden. Die Stellung des Bundesrats als einer Vertretung der Ländervertretungen sei in der Bismarckschen Verfassung wesentlich

anders gewesen als im jetzigen Reiche, da die Ländervertretungen auch noch politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt seien. Infolgedessen sei es nicht als ein Versehen gegen den Reichsgedanken zu betrachten, wenn Preußen wiederholt die Verhandlungen des Reichsrats politisiert habe. Er stimme mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Held darin überein, daß der Reichsrat in der Lage sein müsse, die Interessen der Länder wirklich zu vertreten. Er könne sich aber nicht die Schlussfolgerung zu eigen machen, die nach Held darin liege, die Rechte der Länder zu dem gleichen Zweck zu erweitern. Wenn die Reichsregierung wiederholt in die Kompetenzen der Länder einreife, so müsse man so gerecht sein, anzuerkennen, daß ein Zwang dazu in den Verhältnissen lag. In Weimar habe man den Weg zum Einheitsstaat beschritten wollen, sei aber auf halbem Wege stehen geblieben. Ministerpräsident Held und Staatspräsident Eysler wollten zurück zum Föderalismus. Das würde bedeuten, Rückgabe der Finanzhoheit des Reichs an die Länder und damit Wiederherstellung des preussischen Ueberwichts im Reiche — eine Wirtung, die doch Bayern und Württemberg sicher nicht erzielen wollten. Infolgedessen bleibe nur der Weg zum Einheitsstaat übrig.

Die Stammesgenossenschaft hat bei der Abgrenzung der Länder kaum eine Rolle gespielt. Man brauche nur daran zu denken, wie die Grenzen der Länder durch Kanäle verschoben worden seien. Die Aufteilung Preußens in Reichsprovinzen würde einen norddeutschen Reichsbund entstehen lassen, so daß wieder die Rheinlinie als Grenze der süd- und norddeutschen Gegenseite in Betracht käme. Da man sich vorläufig über die notwendigen Reformen nicht einig sei, wäre es zweckmäßig, den von Petersen verlangten Ausschuss einzusetzen. Man müsse ihm aber die Richtlinien mitgeben, sich an die Möglichkeiten zu halten, die für die Reform des Reiches unter den jetzigen politischen Machtverhältnissen bestehen. Notwendig sei für die Beachtung der wirtschaftlichen Erfordernisse, weiterhin ein Rechts- und Verwaltungsausgleich zwischen den einzelnen Ländern, denn es sei grotesk, daß man eine Rechtsangleichung mit Österreich suche während innerhalb der deutschen Einzelstaaten noch die größten Unterschiede auf diesem Gebiete beständen.

Im Schlusswort betonte Reichkanzler Dr. Marx, die Referate hätten gezeigt, daß noch außerordentliche Schwierigkeiten einer Reform der staatsrechtlichen Verhältnisse im Wege ständen. Immerhin seien wichtige neue Gesichtspunkte zutage getreten, die der weiteren Diskussion zugrunde gelegt werden könnten.

In der Diskussion

Sprachen nach dem sächsischen Ministerpräsidenten Heldt der thüringische Staatsminister Leutheuser, der heftigste Staatsminister Ulrich, der badische Staatspräsident Dr. Kemmle, der preussische Ministerpräsident Brauns, der obdenburgische Ministerpräsident v. Jindich und der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Masch.

Wie den Blättern mitgeteilt wird, haben Ministerpräsident Brauns und Bürgermeister Petersen ihre Referate in eigenem Namen gehalten, während der bayerische Ministerpräsident Dr. Held in seinem Referat für das bayerische Staatsministerium sprach.

Gestern nachmittag folgten die Referate über Punkt 2 und 3 der Tagesordnung, und der Mittwoch wird voraussichtlich mit der Diskussion über diese Fragen ausgefüllt werden.

Einschlagung eines Ausschusses

In politischen Kreisen beurteilt man die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder dahin, daß sie wahrscheinlich zu der Einschlagung eines Ausschusses führen wird, der in bestimmter Zeit genaue Vorschläge ausarbeiten muß, durch die die Ziele der Konferenzüberprüfung verwirklicht werden könnten. Man weist weiter darauf hin, daß natürlich ein so großes Gremium von über 100 Personen eigentlich nur die Aufgabe lösen kann, in Rede und Gegenrede die Probleme herauszustellen und Wege zu ihrer Lösung anzudeuten, daß dagegen die praktische Arbeit einem engeren Kreise zugewiesen werden muß, der befähigt ist, an die praktische Verwirklichung der ausgesprochenen Gedanken heranzutreten.

Die Auffassungen der Ländervertreter

Berlin, 17. Jan. Ueber den Verlauf der Diskussion in der heutigen Vormittagsitzung der Länderkonferenz erfahren wir, daß der sächsische Ministerpräsident Heldt in seinen umfangreichen Ausführungen die Verbesserung und Vereinfachung der Verwaltung als durchaus möglich bezeichnete. Auf der anderen Seite warnte er davor, immer vom Einheitsstaat zu reden, ohne sich darüber klar zu sein, da nicht eine gewalttätige sondern eine ruhige und stetige Entwicklung erprießlich sei. Der thüringische Staatsminister Dr. Leutheuser sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz, namentlich für die kleineren und mittleren Län-

der, insofern zu einem Erfolge führen werde, als ihre Vertreter das Gefühl mit nach Hause nehmen könnten, daß das Reich sich seiner Pflicht bewußt sei, auch seine schwächeren Glieder mit allen Kräften zu unterstützen. Auch Dr. Leutheuser trat für eine Vereinfachung und Vereinheitlichung ein, betonte aber ebenfalls, daß dieser Weg nur überlegt und schrittweise begangen werden könne. Der heftigste Staatspräsident Ulrich übte Kritik an der nach seiner Auffassung lediglich negativen Einstellung der Referate. Er unterstrich, daß es kein Zurück geben könne zu dem, was war. Eine solche rückwärtshauende Einstellung sei in den Referaten des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heldt und des württembergischen Staatspräsidenten Eysler. Die Politik des Reiches und der Länder müsse nach vorwärts gehen. Diese Notwendigkeit werde einfach durch die Tatsache diktiert, daß wir uns erhalten müssen. Der Redner forderte weiter, daß einzelne Verwaltungsgebiete allmählich immer mehr in die Hände des Reiches übergehen müßten. Er erläuterte das an dem Beispiel der Justizverwaltung. Schließlich bezeichnete er es als das notwendige Ergebnis der Konferenz, daß eine Reihe von Mitgliedern der Konferenz bestimmt werden müßte, Vorschläge über das auszuarbeiten, was getan werden kann, und das, was getan werden muß, um zu befriedigenden Lösungen zu kommen und durch diese den Einheitsstaat vorzubereiten. — Staatspräsident Kemmle in Baden behandelte vor allem die Finanzfragen. Er warnte davor, einen gefährlichen Zentralismus unorganisch streifen zu lassen, ohne sich über die letzten Konsequenzen klar zu sein. — Der obdenburgische Ministerpräsident v. Jindich behandelte die aktuellen Probleme unter dem besonderen Gesichtspunkt der obdenburgischen Bedürfnisse. — Schließlich nahmen in den Vormittagsstunden noch Reichsarbeitsminister Brauns, der Vorsitzende des Handelspräsidiums von Lippe, Präsident Trause, der Ministerpräsident von Anhalt, Dessau, und der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums, Minister Dr. Jasper, sowie der Staatsminister von Mecklenburg-Strelitz, Dr. Hufschadt, das Wort.

Ausführungen Dr. Kemmles auf der Länderkonferenz

Berlin, 17. Jan. Der badische Staatspräsident Kemmle faßte seine Ausführungen am Schluß etwa folgendermaßen zusammen: Bei den in dieser Konferenz zur Besprechung stehenden Fragen handle es sich seiner Ueberzeugung nach um die heilige Kardinalfrage: Ausgabe der Souveränität der Länder zu Gunsten der Reichseinheit? Er glaube nicht, daß diese heilige Frage im Augenblick gelöst werden könne; vielleicht sei ihre Lösung auch in Jahren nicht möglich, weil ihr historische und andere Gegenläge im Wege ständen, die man durch Konferenzen nicht aus der Welt schaffen könne. Dagegen glaube er, daß in der Frage der Existenzfähigkeit der Länder und auch in der Frage der sogenannten „Zurückberingung“ Fragen beständen, die zu lösen seien, die man aber nicht lösen könne, wenn man sich an den Konferenztag zusammensetze. Der Redner gab dann der Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Frage letzten Endes doch einen tiefen Grund haben müsse, nämlich das Unbefriedigtsein mit dem Verhältnis, wie es sich entwickelt habe. Es liege im Interesse der Wohlfahrt unseres Vaterlandes, daß dieser Tag gemacht werde, und dazu sei seiner Ansicht nach der Vorschlag des ersten Redners vom Vortage, des Hamburger Bürgermeisters Petersen, wohl geeignet, wenn auch nicht allzuviel Hoffnung darein gesetzt werden könne, daß die erstrebenswerten Lösungen schnell gefunden würden. Aber geschehen soll etwas, und wenn es in diesem Sinne gelinge, sei zu hoffen, daß es auch gelinge.

Neues vom Tage.

Arbeiter Vorstoß der Zentrum-Arbeiterschaft

Der am 16. Januar 1928 in Königswinter am Rhein zusammengetretene erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften befaßte sich u. a. auch mit den Auswirkungen der Besoldungsreform und nahm eine Entschlieung an, in der es heißt: Im Wettlauf um die Wahlstimmen der Beamten ist im Reichstage eine Besoldungsvorlage verabschiedet worden, die das deutsche Volk mit 1,5 Milliarden belastet. Die Führer der christlichen Gewerkschaften haben im Reichstage eine vorläufige Neuordnung vorgeschlagen, die eine endgültige Lösung in Verbindung mit der Verwaltungsreform gebracht hätte, sofort aber eine Vinderung der Not breiter Massen und der trostlosen Lage der Invalidrentner herbeiführen sollte. Sie wurde größtenteils nicht beachtet. Breite Volksschichten teilen die Antipathie der christlichen Gewerkschaften. An-



Heberberg.

Nadelstammholzverkauf

Die Gemeinde verkauft aus Gemeindewald Brand, Schiltmühleberg und Eßhau folgendes Nadelstammholz:

	Abschnitte										auf Bestm.	
	I	II	III	IV	V	VI	I	II	III	IV		V
Abt.: Brand Los 1 Ficht. u. Tann. Nr. 1-27	—	5,12	5,46	3,58	2,11	0,97	1,70	—	—	—	—	18,91
Abt.: Brand Los 2 Fichten Nr. 18-63	—	5,42	11,66	15,03	4,39	0,50	—	—	—	0,68	0,36	40,99
Abt.: Schiltmühleberg Los 3 Ficht. u. Tann. Nr. 64-89 a	7,65	10,98	7,88	3,31	0,93	0,36	—	—	—	0,29	0,19	31,59
Abt.: Schiltmühleberg Los 4 Fichten Nr. 90-180	—	5,50	26,54	16,54	5,83	0,82	—	1,54	2,32	2,72	—	62,23
Abt.: Schiltmühleberg Los 5 Fichten Nr. 181-270	—	20,65	45,68	7,31	2,08	—	—	2,16	1,61	2,05	—	82,20
Abt.: Schiltmühleberg Los 6 Fichten Nr. 271-350	—	11,76	21,81	14,89	4,24	—	—	0,48	4,20	0,59	0,70	58,67
Abt.: Eßhau Los 7 Ficht. u. Tann. Nr. 1-145	—	6,36	16,34	9,30	11,82	7,60	—	—	1,71	1,60	0,46	55,20

Schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose sind bis Samstag den 21. Januar d. J. vormittags 10 Uhr beim Schultheißen-Amt einzureichen, woselbst auch die Verkaufsbedingungen eingesehen werden können. Die Eröffnung erfolgt auf dem Rathaus sofort, welcher die Bieternden anwohnen können. Abfuhr günstig.

Gemeinderat.

Zwerenberg.

Stammholz-Verkauf.

Die Gemeinde bietet im Wege des schriftlichen Meistgebotes folgendes Stammholz an, behält sich aber die Zufage vor.

	Langholz						Sägholz (Abschnitte)					
	Klassen											
	I	II	III	IV	V	VI	I	II	III	IV	V	VI
Los 1 Schillberg Abt. II Nr. 264-299 Zannen	1455	1415	992	216	167	64	130					
Los 2 ebenda Nr. 300-347 Zannen	5128	865	1459	214	65	20	61	45	96			
Los 3 Schillberg Abt. III Nr. 348-362 Zannen	1807	713		136					1,13			
Los 4 Schillberg Abt. 4, 5, 6 Nr. 363-406, darunter 11 Fstn. Scheidholz Zannen	412	369	425		64				53			
Fichten	431	1541	1128	160	62		1,22		1,61			
Los 5 Miß Abt. 9 und 12 Nr. 407-463 Zannen	1138	1514	1364	285	102				1,21			
Fichten		1447	725	40	38				1,37			
Los 6 Miß Abt. 10, Nr. 464-512 Zannen	392	685	730	310	156		1,11		99			
Fichten	1122	1741	378	57					32			

Die Maße und Uebernahmebedingungen sind staatliche. Zahlungsfrist zur Hälfte 15. März, zur Hälfte 15. Mai. Schriftliche Angebote in Prozenten der neuen Landesgrundpreise wollen bis Samstag, den 21. Januar nachmittags 1/2 Uhr beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Gemeinderat.

Rohrdorf

**Weißmehl Spezial 0, Brotmehl
Mehl Nr. 5, Maismehl, Mais
Gerstenmehl, Roggenfuttermehl
Weizenfuttermehl, Kleie**

empfehlen zu den billigsten Tagespreisen

Karl Simmendinger.

Ben Hur

den Besuchern dieses Lichtspiels empfehlen wir das Lesen des Romans, der in einer billigen Ausgabe zu haben ist in der

W. Rieker'schen Buchhandlg., Altensteig

Nachtrag zu der Innungsverammlung sämtlicher Innungen des Oberamtsbezirks am 5. Febr. in Nagold.

Schwarzwälder Tageszeitung vom 14. Januar, daß wann 3/4 der Stimmberechtigten Mitglieder der einzelnen Innungen nicht erscheinen, eine Viertelstunde später eine zweite Versammlung eröffnet wird, in welcher ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder über die Satzungsänderung beschlossen werden wird.

Obermeister Gabel.

Kammerjäger Fland

kommt die nächsten Tage nach hier und Umgebung und vertilgt

**Ratten, Mäuse, Wanzen
Schwaben, Ruffen**

sowie sonstiges Ungeziefer unter schriftlicher Garantie. Bestellungen bitte gefl. durch die Geschäftsstelle ds. Bl.

Dankagung.



Allen Lieben von nah und fern, welche uns bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Sohnes und Bruders

Richard

Teilnahme erwiesen haben, insbesondere seinen Kollegen und dem verehrten Herrn Benz, seinem Lehrmeister, sowie seinen Schulkameraden und den Altersgenossen, welche ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten, für den ehrenden Nachruf des Herrn Pfarrer, den Gesang des Herrn Oberlehrer Belz mit seinen Sängern und für die vielen Kranzspenden sagen an dieser Stelle herzlichen Dank.

Die Familie Hans Luz
die Großmutter Euphrosine Schiack
mit Tochter Rosa

Altensteig-Dorf, den 16. Januar 1928.

Bergebung von Bauarbeiten

Zu einem Postneubau der Deutschen Reichspost in Pfalzgrafenweiler sind die

- Gipsarbeiten
- Schreinerarbeiten
- Schlosserarbeiten
- Glaserarbeiten
- Anstricharbeiten
- Tapezierarbeiten

auf Grund der allgemeinen Bestimmungen für die Vergabung von Bauleistungen DJN 1960, aufgestellt vom Reichsverbundungsausschuß, zu vergeben. Ausschreibungsunterlagen liegen im Büro des Unterzeichneten auf, woselbst Angebote mit der Aufschrift „Angebot für Postneubau Pfalzgrafenweiler“ verschlossen, bis spätestens 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr einzureichen sind, zu welcher Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet. Der Eröffnung der Angebote können die Bieter beiwohnen. Leistungsverzeichnis mit Vertragsbedingungen werden an die Bewerber kostenlos abgegeben. Zuschlagsfrist 14 Tage. Der Zuschlag wird durch die Oberpostdirektion erteilt. Teile in Lose ist vorbehalten.

Freudenstadt, den 16. Januar 1928.

Die öff. Bauleitung:
G. Bernhardt.

Solider Kaufmann sucht für ein Spezialgeschäft größeres Laden-Lokal

mit Nebenraum in bester Geschäftslage. Ed-haus bevorzugt gegen zeitgemäße Miete.

Gefl. Gilofferte unter Nr. 176 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

W. Jorkami Hoffelt Reigholz-Verkauf.

Am Dienstag den 24. Januar 1928 nachmittags 2 Uhr in der Rehmühle aus Staatswald Km. Eichen: 4 Klotz., 9 Anbr.; Buche: 27 Klotz.; Eile: 4 Anbr.; Uebr. Laubb.: 2 Anbr.; Nadelh.: 537 Anbr. Anschließend aus L. 39: 7 Km. Eichen IV. Kl. Losverzeichnis durch die Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

Lebensbund?

Der vorn. Weg des Sichfind. der geb. Kreise. Taus. v. Anerk. Bundesschr. geg. 50 J. d. Verlag G. Bereiter, München, Augustenstr. 65

Gesang-Bücher

empfiehlt in sehr großer Auswahl die

W. Rieker'sche Buchh.

Altensteig.

Bei Influenza,

Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Auswurf, Schlaflosigkeit, trinke man nur Tee „OPSI“

Löwen-Drogerie Herrlein
Altensteig.

Lege aloch

Einen schönen, in das Herdbuch eingetragenen

Zucht-Farren

Rotfleck, 13 Monate alt, hat zu verkaufen

Schultheiß Keppler

Farbbänder Kohlepapiere

Georg Köbele
Bürobedarf, Nagold
Fernsprecher 126.

Ein wichtiger Punkt



bei Aufgabe von Inseraten

ist, daß große Anzeigen am Tag vor dem Erscheinen, kleinere spätestens morgens 1/9 Uhr bei uns ausgegeben werden müssen, andernfalls sie für die nächste Nummer zurückgestellt werden müssen. Ausnahmen können nur bei Todesanzeigen gemacht werden

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“

